



Immigration und Gewerkschaften: Skizze eines Spannungsverhältnisses

Als Friedrich Engels und Karl Marx 1848 im ›Manifest der kommunistischen Partei‹ proklamierten, die Arbeiter hätten kein Vaterland, wollten sie damit wohl zweierlei zum Ausdruck bringen. Zum einen schätzten sie die vielfältigen Formen von Arbeitsmigration, die sich keinesfalls nur in der Flucht ›freigesetzter‹, verarmter Bauern in die Städte erschöpfte, schon damals als ›globalisierte‹ ein. Zum anderen aber verband sich mit dem schlussgebenden Aufruf »Proletarier aller Länder vereinigt euch« die feste Überzeugung, die entstehende beziehungsweise zu organisierende Arbeiterbewegung würde – im Gleichklang mit der kapitalistischen Expansionsdynamik – nationale Grenzen unwiederbringlich niederreißen. Die folgenden anderthalb Jahrhunderte zeigten leider überwiegend in eine andere Richtung. Die geforderte und erhoffte Klassensolidarität blieb sehr oft befangen in Nationalchauvinismus, Rassismus und Antisemitismus auch und gerade innerhalb der organisierten Gewerkschaftsbewegung.¹

Um sich dem Verhältnis von Gewerkschaften zur Einwanderung anzunähern, bedarf es neben der historiografischen Forschung zunächst auch einer grundlegenden Vergegenwärtigung jener widersprüchlichen Organisationsrationalität, welche die Gewerkschaften seit ihrer Institutionalisierung bestimmt.² Als Organisation, die sich auf die Verbesserung und Verrechtlichung der Arbeitsbedingungen konzentriert respektive konzentrieren muss, ist sie zwingend an einer günstigen Verhandlungsposition interessiert. Diese wiederum hängt nicht ausschliesslich, aber doch erheblich vom Verhältnis zwischen vorhandenen Arbeitsplätzen und der Menge der effektiven und potenziellen Lohnabhängigen ab. Grundsätzlich kann eine Zuwanderung zusätzlicher Arbeitskräfte die Konkurrenz der Arbeitenden erhöhen, interne Widersprüche oder Auseinandersetzungen erhöhen und damit die Schlagkraft der Gewerkschaften schwächen. Im Widerspruch zum Anspruch, Ausdruck und Organisator der Solidarität mit und zwischen allen Lohnabhängigen zu sein, resultiert aus dieser Gemengelage, das grundsätzliche Interesse der Gewerkschaften an einer kontrollierten, regulierten und moderaten Arbeitsmigration.

Holger Schatz

ist promovierter Soziologe, wissenschaftlicher Redaktor des Denknetz und Nationalsekretär der Gewerkschaft Nautilus International.

gen zu sein, resultiert aus dieser Gemengelage, das grundsätzliche Interesse der Gewerkschaften an einer kontrollierten, regulierten und moderaten Arbeitsmigration.



Wie äussert sich dieser Widerspruch in der aktuellen Debatte über Einwanderung? Hierzu konzentriere ich mich auf die Debatte in Deutschland und werde zunächst auf die jüngere Geschichte nach 1945 eingehen.³ In den ersten grossen Diskussionen um die Zuwanderung von ›Gastarbeitern‹ im Zuge diverser Anwerbeabkommen ab 1955 und später im Kontext des Anwerbstopps von 1973 war die Haltung der Gewerkschaften »im Kern stets von Skepsis und Misstrauen gegenüber der Anwerberpolitik, aber auch den Arbeitseinwandern selbst geprägt«, so der Befund von Oliver Trede (Trede 2012, S. 197).⁴ Dies lässt sich anhand zahlreicher öffentlicher, aber auch interner Stellungnahmen von Funktionären des DGB und der Einzelgewerkschaften nachzeichnen. Die Rhetorik richtete sich dabei zumindest formal nicht gegen die ›Gastarbeiter‹, sondern in erster Linie gegen Politik und Arbeitgeberverbände, denen man die Absicht unterstellte, mit billigen, willigen und gewerkschaftlich schwer organisierbaren Arbeitskräften Lohn- und Sozialdumping betreiben zu wollen. Auf der anderen Seite hat sich insbesondere der DGB auf der politischen Ebene von Anfang an stark dafür eingesetzt, die angeworbenen oder anzuwerbenden ›Gastarbeiter‹ den einheimischen Arbeitenden rechtlich und sozial gleichzustellen (vgl. Richter 1974). Das schloss im weiteren Verlauf auch sozialpolitische Forderungen wie etwa jener nach der Gewährung von Kindergeld mit ein, mit der sich der DGB letztlich auch gegen die Bundesregierung durchsetzen konnte (vgl. ebd., S. 38).

Weniger erfolgreich waren hingegen die Versuche, ausländische Arbeitnehmer vor Ort beziehungsweise im Betrieb anzusprechen und gewerkschaftlich zu organisieren. Zwar schafften es insbesondere die IG Metall und die Vorläufergewerkschaften der heutigen IG BCE mithilfe muttersprachlicher haupt- und ehrenamtlicher Funktionäre, in einigen Grossbetrieben zahlreiche Neumitglieder anzuwerben. Unter dem Strich gelang es jedoch nicht, diese so in die gewerkschaftliche Arbeit einzubinden, dass sie sich wirklich mit den deutschen Gewerkschaften hätten identifizieren können. Es fehlte ganz einfach an Ressourcen und wohl auch am Willen, um flächendeckend eine wirkliche Betreuung und Integration ausländischer Beschäftigter sicherstellen zu können. Eine Reihe von Arbeitskämpfen, die unter starker Beteiligung ausländischer Arbeitnehmer an den Gewerkschaften vorbei wenn nicht gar gegen sie geführt wurden, dokumentiert diese Distanz eindrücklich (vgl. Birke 2007). Spätestens mit dem berühmten Streik 1973 bei Ford in Köln zeigte sich zugleich, dass die ›Gastarbeiter‹ nicht jene willenslosen, billigen Arbeitskräfte waren, wie es Arbeitgeber erhofft und Gewerkschaften befürchtet haben mögen.



An dieser relativen ›Fremdheit‹ zwischen deutschen Gewerkschaften und ausländischen Arbeitnehmern hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert. Zwar steht das Thema Arbeitsmigration und Integration bei den Gewerkschaften mittlerweile hoch oben auf der offiziellen Agenda.⁵ Doch die Haltung, die in entsprechenden Erklärungen und Publikationen klar zum Ausdruck kommt, betont die soziale, politische und ökonomische Bedeutung der Arbeitsmigration und damit die ›Chancen‹, die eine verbesserte Integration von MigrantInnen in die Arbeitswelt bieten. Damit bleiben sie der vorherrschenden instrumentellen Betrachtung von Migration verhaftet. In den derzeitigen Diskussionen um den sogenannten Fachkräftemangel und die prognostizierte Alterung der Gesellschaft wird sowohl die Zuwanderung als auch die Qualifizierung und Integration bereits in Deutschland lebender MigrantInnen von verschiedenen Seiten als ökonomische Notwendigkeit proklamiert. Diese instrumentelle Begründung von Zuwanderung ist jedoch insofern kritisch zu betrachten, als sie sich auch umgekehrt interpretieren lässt: Wessen ökonomische Nützlichkeit für die deutsche Gesellschaft sich nicht belegen lässt, der findet umso schwerer Zugang zur ›Willkommenskultur‹, ein Umstand, unter dem gerade Asylsuchende allzu oft zu leiden haben.

Inwieweit das eindeutige Plädoyer für eine »echte Willkommenskultur«, so der frühere DGB-Chef Sommer (vgl. Sommer 2014), eine Entsprechung im gewerkschaftlichen Alltag der Funktionäre respektive an der gewerkschaftlichen Basis findet, ist allerdings weniger eindeutig. Dass die Einstellungen zur Einwanderung bei GewerkschafterInnen im Querschnitt die gesamtgesellschaftlichen Vorstellungen repräsentieren, ist das Ergebnis einer von der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung finanzierten Studie (Fichter et. al 2005) zum Thema Gewerkschaften und Rechtsextremismus: »Rechtsextreme Einstellungen sind unter Gewerkschaftsmitgliedern in der Bundesrepublik genauso weit verbreitet wie unter Nicht-Mitgliedern.« Exemplarisch für die widersprüchliche Haltung gegenüber Arbeitsmigranten steht auch die frühere Kampagne ›Ohne Regeln geht es nicht‹ der IG Bauen – Agrar – Umwelt (IG BAU 2004), mit der die zunehmende Schwarzarbeit im Bausektor bekämpft werden sollte. Zwar richtete sich die Kampagne programmatisch gegen organisierte Ausbeutung und Sozialdumping seitens Firmen, die im grossen Stil osteuropäische Bauarbeiter ›anstellten‹ beziehungsweise vermittelten. Weil sie im Kern aber auf eine anonyme Hotline setzte, die nach Angaben der IG Bau mit 600 Meldungen in wenigen Monaten auch häufig benutzt wurde, richtete sich diese Kampagne faktisch gegen die Arbeiter, die bei den entsprechenden Kontrollen der von der IG



BAU informierten Zollbehörden auch auf ihren Aufenthaltsstatus hin überprüft wurden. Die Kampagne führte letztlich innergewerkschaftlich zu einer grundlegenden kontroversen Debatte über das Verhältnis von Gewerkschaften und (illegaler) Arbeitsmigration (vgl. Harning; Maurer, 2004). In der Folge setzte die IG BAU im Bereich »migrantische Arbeit« neue Akzente, welche die spezifische Situation migrantischer (Bau-)Arbeiter zu berücksichtigen versuchten.

Willkommenskultur ohne Strukturen

Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass die Gewerkschaften jenseits der offiziellen Statements und Positionspapiere keine systematische und in ihren Strukturen verankerte solidarische Strategie verfolgen. Zu erwähnen ist hier zunächst die völlig unzureichende Verankerung gewerkschaftlicher Arbeit von und mit MigrantInnen auf der betrieblichen Ebene. Viele Einzelgewerkschaften haben zwar vor Ort Interessensgruppen »Migration« gegründet, doch sowohl der Organisationsgrad (der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmenden im Vergleich zur Gesamtzahl der Beschäftigten) als auch der Anteil ausländischer haupt- und ehrenamtlicher Funktionäre bleibt enttäuschend gering.

Vor allen Dingen aber findet die spezifische Koppelung von Arbeit und Aufenthalt, die migrantische Lohnabhängige in vielerlei Hinsicht belastet (vgl. Birke 2016), in der gewerkschaftlichen Praxis kaum Berücksichtigung. Eigene Netzwerke, aber auch entsprechende Angebote verschiedener Sozialverbände und Vereine hatten und haben selbst bei arbeitsrechtlichen Fragen eine weitaus grössere Integrationsfunktion. Zwar unterstützten die Gewerkschaften ihre ausländischen Mitglieder jederzeit in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten und engagierten sich gegen »Fremdenfeindlichkeit« im Betrieb und darüberhinaus. Für eine auf die speziellen Bedürfnisse ausländischer Beschäftigter zugeschnittene Gewerkschaftsarbeit fehlte es hingegen ganz offensichtlich an Ressourcen, vielleicht auch etwas am Willen. Die deutsche Situation stellt hierbei im europäischen Kontext leider keine Ausnahme dar, auch wenn es durchaus bemerkenswerte Ausnahmen gibt, etwa bei der Schweizer Gewerkschaft Unia (vgl. hierzu Pedrina in diesem Band).

Auswege aus dem Dilemma:

Entkoppelung sozialer Rechte von Arbeit

Über das widersprüchliche Verhältnis gegenüber den bereits – wenn auch zumeist prekär – in den Arbeitsmarkt integrierten MigrantInnen hinaus ist vor allen Dingen das grundsätzliche Verhältnis zur neueren



Immigration seit 2015 in der gewerkschaftlichen Praxis und an der Basis höchst problematisch und durchaus widersprüchlich. Die eingangs erwähnte strukturelle Disposition, wonach Gewerkschaften aufgrund der ihnen eigenen Organisationsrationalität in bestimmten Sektoren nicht an einer Ausweitung der Konkurrenz um Arbeitsplätze interessiert sind, findet in der Praxis und an der Basis eine vielschichtige Entsprechung. Die Hoffnung, dass eine Immigration auf der Basis guter Integration und Qualifikation bei Ausweitung allgemeiner Sozialstandards beziehungsweise »flankierender Massnahmen« den Konkurrenzdruck nicht erhöhe, sondern über Wachstum zu einer Ausweitung des Arbeitsplatzangebots führe, wird offensichtlich jenseits der offiziellen Proklamationen im Gewerkschaftsalltag und an der Basis nicht geteilt. Diese eher skeptische Einschätzung der ›Basis‹ ist dabei nicht per se als unrealistisch oder gar reaktionär zu bewerten, sondern fusst auch auf den Erfahrungen früherer ›Wellen‹ von Arbeitsmigration, die zu einer ›Unterschichtung‹ bestimmter Segmente des Arbeitsmarktes führen können.⁶ Zweifellos dürfen Konzepte der Abschottung und Quotierung keine Antwort auf eine potenzielle Verschärfung der Konkurrenz in bestimmten Segmenten des Arbeitsmarktes sein. Doch diese Gefahren (wider besseres Wissen) zu ignorieren und stattdessen den von Wirtschaftsverbänden und Politik gepflegten Diskurs von der Integration als Wachstums- und Bereicherungschance mitzutragen, führt in eine fatale Sackgasse.

Es wäre ein Schritt der (Selbst-)Aufklärung, wenn sich Gewerkschaften diesem Dilemma offen stellen würden, das durch ihre ›natürliche‹ Anbindung an das System der Lohnarbeit entsteht. Gewerkschaften sind – gewisserweise ähnlich wie die Sozialversicherungen und das Steuerwesen – abhängig von einem funktionierenden und stabilen, wenn möglich wachsenden System der Lohnarbeit und darüber hinaus an einem günstigen Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf den Arbeitsmärkten. Dies schränkt das konzeptionelle gesellschaftspolitische Transformationspotenzial stark ein.

Die Gewerkschaften müssten demgegenüber den Mut haben, ergebnisoffen darüber nachzudenken, wie diese lähmende Haltung aufgehoben werden könnte. Vielleicht ist die Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen, das ja nicht zufällig von den Gewerkschaften so hartnäckig abgelehnt wird, ein Schritt, um einen gewerkschaftlichen Transformationsprozess zu ermöglichen, an dessen Ende die soziale Rolle der Gewerkschaften ganz neu definiert wäre (Blaschke 2016). Mit Blick auf die MigrantInnen jedenfalls ist klar, dass sich das Recht auf ein menschenwürdiges Leben von der Erwerbsarbeit abkop-



peln muss, ohne dass damit das Ziel, der gleichberechtigte Zugang zur Erwerbsarbeit, aufgegeben wird.

Anmerkungen

- 1 In Deutschland etwa hat die Arbeiterbewegung die in Kriege und Holocaust mündende nationalistische Ideologie nicht nur nicht verhindern können, sondern war teilweise konstitutives Element der volksgemeinschaftlichen Ideologie (vgl. Schatz; Woeldike 2001).
- 2 Vgl. hierzu ausführlich Müller-Jentsch, 1986.
- 3 Diese Ausführungen stützen sich auf eine empirische Untersuchung des Verhältnisses von Gewerkschaften und Arbeitsmigration in Südbaden und speziell Freiburg i.Br. (Schatz 2014). Zur Schweiz siehe Pedrina und Zimmermann in diesem Band.
- 4 Von Tredes Forschungen im Rahmen seiner Dissertation (Trede 2015) reduzieren die grosse Forschungslücke zum Thema Gewerkschaften und Arbeitsmigration. Mit dieser expliziten Fragestellung haben sich bislang nur wenige WissenschaftlerInnen beschäftigt (z.B. Treichler 1998, Çelik 1995). Karin Hunns Dissertation zur Geschichte türkischer Gastarbeiter enthält in einem Unterkapitel (Hunn 2005, S.120–135) ebenfalls wichtige Hinweise. Seitens der Gewerkschaften in Deutschland ist die Thematik meinen Recherchen zufolge bis auf wenige Ausnahmen (vgl. etwa Richter 1974 im Schwerpunktheft zur Ausländerbeschäftigung der ›Gewerkschaftlichen Monatshefte‹ 1/1974) bislang nicht explizit aufgearbeitet worden. Darüber hinaus finden sich vereinzelt Hinweise in Arbeiten, die sich generell mit der »Geschichte der Ausländerpolitik« (Herbert 2001) bzw. dem »Normalfall Migration« (Bade; Oltmer 2004) beschäftigen.
- 5 Der DGB hat mittlerweile ein eigenes Dossier ›Migration und Antirassismus‹, das DGB-Bildungswerk unterhält einen Bereich ›Migration und Qualifizierung‹ mit einem hochwertigen Online-Portal (migration-online) und lanciert wichtige Projekte wie ›Faire Mobilität‹ (www.faire-mobilitaet.de).
- 6 Vgl. den Beitrag von Friedrich und Pierdicca in diesem Band.



Literatur

- Bade, Klaus J.; Oltmer, Jochen (Hg.) (2004): Normalfall Migration: Deutschland im 20. und frühen 21. Jahrhundert. Bonn.
- Blaschke, Ronald (2016): Rolle der Gewerkschaften in einer Grundeinkommengesellschaft. www.grundeinkommen.de/04/02/2016/rolle-der-gewerkschaften-in-einer-grundeinkommengesellschaft.html.
- Birke, Peter (2016) Migration@work. Zur sozialen und politischen Neuzusammensetzung der Lohnarbeit. In: Luxemburg 1, 2016. www.zeitschrift-luxemburg.de/migrationwork.
- Birke, Peter (2007): Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Frankfurt a.M./New York.
- Brücker, Herbert (2015): Mehr Chancen als Risiken durch Zuwanderung. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Aktuelle Berichte 01/2015, Nürnberg (http://doku.iab.de/aktuell/2015/aktueller_bericht_1501.pdf).
- Çelik, Hidir (1995): Die Migrationspolitik bundesdeutscher Parteien und Gewerkschaften: Eine kritische Bestandsaufnahme ihrer Zeitschriften 1980–1990. Bonn.
- Fichter, Michael; Kreis, Joachim; Pollach, Günter; Stöss, Richard; Zeuner, Bodo (2005): Gewerkschaften und Rechtsextremismus, Abschlussbericht. www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/oeconomie/gewerkschaftspolitik/materialien/GEWREXSCHLUSS/index.html (Zugriff: 18.12.2012).
- Harning, Olaf; Maurer, Matthias (2004): Diskussionspapier ›Unsere Regeln taugen nichts!‹ vom 10. Juli 2004. www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/kombilohn/adbblockwart1.pdf (Zugriff 17.12.2012).
- Herbert, Ulrich (2001): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München.
- Houwerzijl, Mijke (2006): Arbeitskräftemobilität in der EU nach der Osterweiterung. In: WSI-Mitteilungen, 10/2006. www.boeckler.de/wsimit_2006_10_houwerzijl.pdf.
- Hunn, Karin (2005): ›Nächstes Jahr kehren wir zurück...‹. Die Geschichte der türkischen ›Gastarbeiter‹ in der Bundesrepublik. Göttingen.
- IG BAU (2004): Ohne Regeln geht es nicht. Broschüre zum Download unter www.igbau.de/Binaries/Binary3599/Grundstein_Titelgeschichte_Juni_2004.pdf (Zugriff: 17.12.2012)
- Knirsch, Nina (2014): Betriebliches Co-Management und Standortkonkurrenz: Gewerkschaftliche Solidarität und Beschäftigungssicherung im Europäischen Betriebsrat. Münster.
- Müller-Jentsch, Walther (1986): Soziologie der industriellen Beziehungen. Frankfurt/M.
- Richter, Heinz: DGB und Ausländerbeschäftigung. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1974, S. 35–40. <http://library.fes.de/gmh/jahresin.html> (Zugriff: 28.12.2012).
- Schatz, Holger; Woelldicke, Andrea (2001): Freiheit und Wahn deutscher Arbeit: Zur Aktualität einer folgenreichen antisemitischen Projektion. Münster.
- Schatz, Holger (2014): Arbeitsmigration und Gewerkschaften nach 1945. In: Ecker, Ulrich P.; Schirilla, Nausikaa (Hg. im Auftrag der Stadt Freiburg i.Br.): Migration in Freiburg im Breisgau: Ihre Geschichte von 1500 bis zur Gegenwart, S. 243–48. Freiburg i.Br.
- Sommer, Michael (2012): Gute Arbeit für Europa! Gerechte Löhne, soziale Sicherheit. In: Forum Migration Mai 2012. www.migration-online.de/beitrag_aWQ9ODI2OA_.html.
- Sommer, Michael (2014): Für einen Perspektivenwechsel: Menschen und Arbeitnehmerrechte bei Einwanderung und innereuropäischer Mobilität durchsetzen. In: Schreiner, Patrick; Tölle, Hartmut (Hg.): Migration und Arbeit in Europa, S. 57–75. Köln.
- Trede, Oliver (2015): Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration: Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik und in Grossbritannien in den 1960er und 70er Jahren. Paderborn.
- Trede, Oliver (2012): Misstrauen, Regulation und Integration: Gewerkschaften und ›Gastarbeiter‹ in der Bundesrepublik in den 1950er bis 1970er Jahren. In: Oltmer, Jochen; Kreichenbrink, Axel; Sanz Diaz, Carlos (Hg.) (2012): Das ›Gastarbeiter-System: Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, S. 193–198. München.
- Treichler, Andreas (1998): Arbeitsmigration und Gewerkschaften: Das Problem der sozialen Ungleichheit im internationalen Massstab und die Rolle der Gewerkschaften bei der Regulation transnationaler Migrationen, untersucht am Beispiel Deutschlands und der Arbeitsmigrationen aus der Türkei und Polen. Münster.